



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

484 (18.10.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-318389](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-318389)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Annahmen, Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 918

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Gleichen und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 484.

Montag, 18. Oktober 1909.

(Abendblatt.)

Landtagswähler!

Zwei wichtige Momente zur gefl. Beachtung bei der kommenden Landtagswahl.

Die auswärts beschäftigten aber in Mannheim wohnenden Wähler werden gebeten, die Stimmabgabe nicht auf abends bis zu ihrer Rückkehr vom Geschäft zu verschieben, sondern bereits mittags, ehe sie wieder ins Geschäft hinausfahren, zu wählen. Diese Bitte wird begründet mit der bei früheren Wahlen gemachten Erfahrung, daß die auswärts beschäftigten Herren abends oft durch geschäftliche Angelegenheiten länger festgehalten werden, als es ursprünglich in ihrer Absicht lag, so daß sie zu spät nach Mannheim kommen, um noch ihre Wahlpflicht ausüben zu können.

Sodann ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß man in jedem Wahlkreise einen von den aufgestellten fünf Kandidaten wählen könne, deren Stimmzettel sodann zusammengerechnet würden.

Diese Annahme ist falsch, vielmehr darf in einem Bezirk nur derjenige Kandidat gewählt werden, der für diesen Bezirk aufgestellt worden ist. Werden in einem Bezirke für die Kandidaten anderer Wahlkreise Zettel abgegeben, dann gelten diese Stimmen als zerplittert, sind also ungültig. Es darf also z. B. in dem vierten Bezirke, in welchem für die Liberalen Herr Rechtsanwalt König kandidiert, keine Zettel für Herrn Vogel abgegeben werden, ebenso umgekehrt.

II. Vertretertag des Reichsverbandes der Vereine der nationallib. Jugend.*

(Originalbericht des Mannheimer General-Anzeigers.)

Fl. Jena, 16. Okt.

Die politisch interessierte Welt schaut in diesem Jahre trotz der herrschenden Hochspannung in der Politik mit nicht so harter Erwartung nach Jena, wo der jungliberale Reichsverband diesmal seine Jahresversammlung abhält, als dies sonst der Fall war. War es doch zumeist in den früheren Jahren das Trennende zwischen Jung und Alt, was das allgemeinere Interesse erweckte und je nach der Stellung des einzelnen zur nationalliberalen Partei erhoffte man von den jeweiligen Tagungen einen Ausgleich der Gegensätze oder die endgültige Spaltung. Die führenden Persönlichkeiten innerhalb der jungliberalen Bewegung, soweit sie im Reichsverband zusammengeschlossen ist, zeigten sich aber in jedem neuen Jahre trotz all des vorhandenen Temperamentes des Jugend doch genug als Realpolitiker, die es nicht zum äußersten kommen lassen wollten. Aus diesmal zeigte sich das dadurch, daß man allseitig das parteiübergreifende Wirken der von den Herren Hübsch und Kohl geleiteten sog. Jungliberalen in Bayern verurteilte. — So hat denn heute der Reichsverband die Genugtuung, einmal eine Tagung veranstalten zu können, bei der von Gegensätzen zu der nationalliberalen Parteileitung überhaupt nicht die Rede ist und zwar liegen die Dinge nicht etwa so, daß sie sich von ihren alten Idealen entfernten. Im Gegenteil, die nationalliberale Partei hat — veranlaßt durch die politische Entwicklung bei der Reichsfinanzreformfrage sich zu einem kritischen Verhalten entschlossen, das, wenn man von den Nationalliberalen in Wort abzieht, die freudige Zustimmung aller Alt- und Jungnationalliberalen in Nord und Süd gefunden hat. Kein Wunder, wenn nun, wo man in einer seltenen inneren Geschlossenheit dasteht, die Frage der liberalen Einigung wieder besonders lebhaft Diskussionen auslöst. Dabei haben sich aber die Jungliberalen wieder als recht besonnene Politiker gezeigt, indem sie eine Ueberbürdung unter keinen Umständen beklammern wollten, sie sind sich völlig bewußt, daß dies der ganzen Sache nur schaden würde.

Wenn dann weiterhin die diesjährige Tagung sich mit dem Problem der staatsbürgerlichen Erziehung befaßt hat, so bildet das in gewissem Sinne eine Rückkehr zu den ersten Anfängen der Bewegung, wo man gerade im Hinblick auf die mangelnde politische Betätigung der Jugend in Deutschland die Gründung jungliberaler Vereine herbeiführte. Man sieht aber heute ein, daß damit allein die Möglichkeit der Jugend noch nicht beseitigt werden kann, daß vielmehr vorgearbeitet werden muß durch eine staatsbürgerliche Erziehung, die schon zeitig bei dem werdenden Bürger unseres Staates das politische Bewußtsein weckt. Für alle politischen Parteien im allgemeinen ist diese Frage von eminentester Bedeutung, für den Liberalismus aber ganz besonders, weil dieser keine außerhalb der Politik liegenden Faktoren zur Verfügung hat, die die Jungmannschaft in seine Reihen hineinführen. So muß man denn sagen, daß die Verhandlungsgegenstände der jungliberalen Tagung diesmal sehr glücklich gewählt sind und daß zu wünschen ist, es möge ein reicher politischer Segen aus der Arbeit in Jena herborgehen.

I. Tag.

Fl. Jena, 16. Okt.

Zum ersten Male traten die jungliberalen Vereine, welche in dem Reichsverband zu Jena zusammengeschlossen sind, zu einer öffentlichen Vertreterversammlung in Jena zusammen. Der

eigenen Tagung ging am Freitag ein Begrüßungsabend voraus, bei dem Geheimrat Stilling und Prof. Thümmel aus Jena die Vertreterversammlung im Namen der nationalliberalen Partei begrüßte.

Am Sonntag Vormittag begannen die Verhandlungen mit einer geschäftlichen Sitzung, bei der der Verbandsvorsitzende Dr. Hermann Fischer-Köln den

Geschäftsbericht

erstattete, aus dem hervorzuhelen ist, daß die Zahl der angeschlossenen Vereine von 102 auf 111 angewachsen ist. Interessant war die Feststellung, daß in dem abgelaufenen Jahre zum ersten Mal die einzelnen Vereine größerer Gewicht auf kommunalpolitische Tätigkeit gelegt haben und daß infolgedessen eine Anzahl jungliberaler Mitglieder in die Gemeinderäte gewählt worden sind. Es gelang es auch, einen Antrag zur Annahme, der die Einzelmitgliedschaft, die bisher unzulässig war, gestattet, jedoch nur an Präsen, wo keine Vereine vorhanden sind. Als Ort der nächsten Tagung wurde Köln bestimmt.

Am Nachmittag desselben Tages fand die erste öffentliche Vertreterversammlung statt, die eingeleitet wurde durch den

politischen Bericht des Vorsitzenden Dr. Fischer.

Er knüpfte an die bekannten Vorgänge, die im Zusammenhang mit der Reichsfinanzreform das politische Leben beherrschten, an und wandte sich dabei scharf gegen den Konserbativen, durch Verdrängung der Tatsachen von sich die Schuld zuwälzen an dem Sturze des Kanzlers. Die Geschäftigkeit, mit der man gegen die früheren Mitglieder im Nord vorging, beleuchtete er ebenfalls, wobei er die Konserbativen im Herzen die Hochachtung nicht verhehrt war. Wenn nun auch von einzelnen Persönlichkeiten aus dem konserbativen Lager Friedensscholmeien angedeutet werden, so lasse das die nationalliberale Partei nicht, sie habe auf ihrem Vortag in Berlin in gewaltiger Einmütigkeit beschlossen, welche Politik die nationalliberale Wählerchaft verfolge. Deshalb müsse sich auch eine reinliche Scheidung zwischen dem Bund der Landwirte und der nationalliberalen Partei vollziehen. Die Hülfe Seyl und Orvola bewiesen deutlich, welche Gefahr im Verzuge, wenn man auf dem Wege der Scheidung Halt mache. Es habe den Jungliberalen schon allzu lange gedauert und es werde immer von ihnen schmerzlich empfunden werden, im eigenen Lager gegen Leute kämpfen zu müssen, die in ihrem politischen Denken und Handeln gar nicht mehr zur Partei gehörten.

Die gegenwärtige Epoche des Kampfes von Fortschritt und Ausgleich sei äußerlich gekennzeichnet durch das machtvolle Hervortreten zweier neuer Organisationen des Hanfandes und des Bauernbundes, die der Reform aus vollem Herzen begrüßte.

Dr. Fischer ging dann über zur Besprechung der liberalen Einigungsfrage

und betonte, daß die jungliberale Bewegung seit ihrem Beginn unablässig bemüht gewesen sei, das deutsche Volk vorzubereiten für den großen Gedanken einer Einigung des Liberalismus. So lange wir im politischen Leben stehen, fuhr Fischer fort, haben wir stets versucht, zwischen dem Fortschritt und der nationalliberalen Partei zu vermitteln. Auch unsere Elberfelder Tagung galt vorwiegend diesem Problem; wir forderten damals, daß, wenn der Nord ausmündig werde, wenigstens der Liberalismus geeint aus den Trümmern hervorgehen müsse. Man sei nun heute dem Gedanken schon ein Stück näher gekommen; so oft auch in jüngster Zeit Liberale zu politischen Wirken zusammenzutreten, bejahte sie der Einigungsfrage. Sowohl der Vortag des Reichsverbandes als auch der Parteitag der deutschen Volkspartei hat eine einheitliche Partei auf Grund eines gemeinsamen Programmes verlangt. Dabei hat man jedoch selbstverständlich nur an die Einigung der liberalen Parteien gedacht. Das darf und Nationalliberals aber nicht irre machen. Man muß es verstehen, daß die Nationalliberalen zunächst an eine Einigung unter sich selbst denken und muß sich dabei hüten, in diesem Bestreben eine Ausdehnung unserer Partei zu erlösen, und zwar umso mehr, da von den liberalen Parteien die Notwendigkeit einer Verständigung mit uns betont worden ist. Gerade die nationalliberale Partei muß sich immer wieder vor Augen halten, daß sie aus ihrer großen historischen Vergangenheit die Pflicht übernommen hat, einer mächtigen Entfaltung des Liberalismus die Wege zu ebnen.

Am Schluß seiner Rede meinte Fischer, daß gegenwärtig eine gewisse Ruhe innerhalb der jungliberalen Be-

wegung gegenüber dem früheren steten Vordrängens zu bemerken sei; dies entspreche aber durchaus der natürlichen Entwicklung: Was wollten wir, praktisch gesprochen? Neues Leben für die Partei, straffere Organisation, die auf den Wähler zurückgeht, kräftigere Betätigung des liberalen Grundgedankens in der Partei sei. Sind nicht alle diese Forderungen ihrer Erfüllung näher gerückt? Jeder Zweifel hieran muß trocken im Hinblick auf den jüngsten Berliner Parteitag. Mit nicht ungerühmter Stolz dürfen wir wohl sagen, daß ohne unsere langjährige Vor- und Mitarbeit eine solche Tagung wie die in Berlin in der nationalliberalen Partei kaum möglich gewesen wäre und wie ist die Existenznotwendigkeit unserer jungliberalen Bewegung nie klarer geworden als bei den mächtigen herzerquickenden Verhandlungen in Berlin. Der Reform schloß mit einem Appell an die Erscheinenden, weiter kräftig mitzuarbeiten in der Ausbreitung des jungliberalen Gedankens, vor allem da, wo es gilt, für die nationalliberale Partei Neuland zu gewinnen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion beschäftigte man sich vorwiegend mit der Frage der liberalen Einigung und es waren besonders zwei Punkte, über die man lebhaft debattierte: einmal das Verbot der Jungliberalen in Bayern (die ja mit der im Reichsverband zusammengeschlossenen jungliberalen Bewegung nur den Namen gemein haben) und das andere Mal mit dem Wahlbündnis des Hagener Nationalliberalen mit dem Zentrum. In der hayer Angelegenheit hatte schon der Vortag in seinem Referat Stellung genommen und dabei die hayer Tagung als einen Hohn auf den von Herrn Hübsch so warm vertretenen Einigungsgedanken des bayerischen Liberalismus bezeichnet.

Auch der hayerische Abgeordnete Dr. Goldschmidt sprach länger über die hayer Tagung, in der er einen eminenten Schaden für den Liberalismus erblickte, und als nachteiligste Folge derselben die Sperrung des liberaldemokratischen Blocks prophetezte. Als den schwachen Hebel bezeichnete er den Versuch, den Liberalismus in Bayern gewaltsam zu einigen und eine liberale Reichspolitik treiben zu wollen, ohne jegliche Fühlung mit den liberalen Parteien im Nord. Dagegen bezeichnete Goldschmidt einen interfraktionellen Ausschuss auf parlamentarischen Boden für die Einigung als überaus wertvoll und betonte dabei, daß nach seiner Kenntnis auch führende Politiker des Fortschritts hiermit übereinstimmten.

In recht temperamentvoller Weise wurde u. a. von Herrn von Laugel-Hannfurt a. M. das Hagener Wahlbündnis der Nationalliberalen gerügt, Mögen auch noch so viel mildernde Umstände vorhanden sein, die sich aus den bayerischen Verhältnissen ergeben, ein durchaus bedauerlicher Vorgang sei demnach das Wahlbündnis und zwar namentlich im Hinblick auf die gegenwärtige politische Situation.

Dr. Haustein (Mannheim): Wir in Baden gehen nicht nur mit den Nationalliberalen, sondern auch mit der Sozialdemokratie zusammen. Wel uns stehen die Landtagswahlen bevor. Wenn das Zentrum mit den Konserbativen zusammen im ersten Wahlgang die Majorität bekommen sollte, dann hat allerdings ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie keinen Zweck mehr. Wird aber die Majorität verhindert — und das hoffen wir —, dann wird in der Stichwahl der Großblock ganz sicher wieder zustande kommen und wir werden mit der Sozialdemokratie zusammen das Zentrum niederringen. (Stürmischer Beifall.)

Die liberale Einigung forderten u. a. sehr energisch zwei Nationalliberale aus Jena, nämlich der Theologe Prof. Weinert und Geheimrat Rosenthal, wie ja überhaupt die Versammlung einstimmig darin war, daß auf dem Wege zur Einigung unentbehrlich fortgeschritten werden müsse. Nur darüber debattierte man, welche Formulierung der zu dieser Frage anzunehmenden Resolution zu geben sei. Schließlich kam folgender

Entwurf

zur Annahme:

„Die Vorgänge um die Reichsfinanzreform 1909 haben die Notwendigkeit des praktisch-parlamentarischen Zusammengehens deutlich erwiesen. Der Vertretertag verteilte daher, daß die nationalliberale Parteileitung die Anregung des Vortages der liberalen Parteien, eine Verständigung über ein gemeinsames Vorhaben aller Liberalen herbeizuführen, aufnimmt und fördert.“

Dann wurde noch der Antrag Bachum einstimmig angenommen, der die Bildung von liberalen Ortsausschüssen zur gemeinsamen Besprechung der den Liberalismus

*J. Verspätet eingetroffen.

interessierenden Fragen von allen Vereinen des Reichsverbandes, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, anzuregen und zu fördern verlangt.

Weiterhin wurde ein Antrag Göttingen angenommen, der eine realistische Scheidung der nationalliberalen Partei von dem Bunde der Landwirte

als dringend geboten bezeichnet und es als ausgeschlossen erklärt, daß künftig ein nationalliberaler Kandidat durch vorherige Verpflichtung sich in Abhängigkeit vom Bunde der Landwirte bringen lasse.

Ein Antrag Stuttgart, der die Gründung des Deutschen Bauernbundes freudig begrüßt, wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Dann sprach man des Rängers über die Frage der preussischen Verwaltungsreform, zu welcher der Kaiser bereits eine große Resolution eingbracht hat.

bestimmten Parteiverhältnisse

kommen zuseht noch zur Besprechung und man nahm eine Resolution an, die den heftigen Jungliberalen die Zustimmung zu ihrem Vorgehen gegen die beiden ehemaligen nationalliberalen Abgeordneten, Herr v. Hehl und Graf Oriola ausdrückt.

2. Tag.

Fl. Jena, 17. Okt.

Mit dem Referat von Oberlehrer Dr. P. Rühlmann aus Leipzig über die

hausbürgerliche Erziehung des deutschen Volkes

begann der zweite Verhandlungstag. Unter Mitwirkung aller politischen Gesichtspunkte, deren Erörterung er dem zweiten Referenten Dr. Köhler überlassen wollte, behandelte er die Frage lediglich vom pädagogischen Standpunkte aus. Er meinte, daß die politische Erziehung des deutschen Volkes nicht allein dem Zufall der politischen Schicksalsführung überlassen bleiben dürfe.

Der Korreferent, Generalsekretär Dr. Köhler aus Köln, sprach im wesentlichen über die politischen Gesichtspunkte bei der Frage, indem er eingangs betonte, daß er sich bewußt sei, daß etwas Positives mit der Staatsbürgerkunde in die Schule einzuführen, daß aber unbedenklich sei, wenn man sich auf den Standpunkt stelle,

die Politik sei eine Wissenschaft. Köhler lehnt staatsbürgerliche Erziehung der Willkürpersonen ab, er hält die Kaiserensklave nicht für den Raum, in dem politische Bildung übermitteln werden soll. Das Ideal für diese Bildungsübermittlung sei die Schule.

Die beiden, überaus sorgfältig die Materie behandelnden Referate fanden lebhaften Beifall bei den Zuhörern, wenn diese auch nicht alle mit jedem Punkt der Darlegungen einverstanden waren. Eine Reihe solcher verschiedenartiger Auffassungen kamen in der sich anschließenden Debatte zum Ausdruck.

Keine Verärgerung für die Landtagswahlen!

Am gleichen Tage, wie in Baden, finden auch in Sachsen die Landtagswahlen statt. Aus diesem Anlaß bringen unter obigem Titel die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ eine Mahnung an die bürgerlichen Wähler, die auch in Baden mutatis mutandis beachtet und befolgt werden sollte.

Es ist leider Tatsache, daß die Verteuerung der verschiedenen Konsumgegenstände, die die Reichsfinanzreform mit sich gebracht hat, in vielen Kreisen unerses Volk, und nicht zum minderen in denen des Kleinvermögens und des kleinen Mittelstandes, eine Verärgerung getragen hat.

Wohlf keiner jener Willkürer, die sich auch für die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen wieder anschicken, zur Sozialdemokratie auf dem Gefühls der Verärgerung heraus hinüber zu wechseln, würde eine beachtende Antwort geben wollen.

Stimme gibt. Denn er trägt dazu bei, jener Partei im Parlament, dem geistgebenden Faktor des Landes, eine größere Machtstellung zu schaffen, die diese Machtstellung konsequent dazu benutzt, von den Grundfesten unserer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung einen Stein nach dem andern loszubrädeln und so einen Vernichtungskampf gegen alles Bestehende zu führen.

Es darf nicht sein, daß der Sozialdemokratie bei Gelegenheit der Landtagswahlen zu einem billigen Triumph verholten wird. Auf sozialdemokratischer Seite brüht man sich ja schon jetzt damit, daß der künftige Landtag als weitausförmige Fraktion die sozialdemokratische aufweisen werde.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 18. Oktober 1909.

hanfabund und Handwerk.

Gegen den Vorhaben des Zentralverbandes der Vereinigten Innungsverbände Deutschlands, Ehrenobermeister Riß und den Vorhaben des Tischlerinnungsverbandes und Obermeister der Berliner Tischlerinnung Kahardt waren in letzter Zeit besonders wegen ihrer Stellung zum Hansa-Bunde Angriffe erhoben worden.

Die letzte Sitzung der Tischler-Innung in Berlin hat nun zu diesen Angriffen Stellung genommen und einstimmig erklärt, daß die Innung durchaus hinter ihren Obermeistern steht und deren Verdienste und Bemühungen zum Besten des Handwerks gerade in ihrer Stellungnahme zum Hansa-Bunde anerkennt.

Deutsches Reich.

— In der Stichwahl in Koburg und dem Wahlkampf in Halle. Die halbkamliche „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt in ihrem Wochenrückblick über die bevorstehende Stichwahl in Koburg: „Es ist an der Zeit, der sozialdemokratischen Verheugung zu zeigen, daß ihr mit den nun einmal vorhandenen Stimmungen im Volke noch kein unbegrenztes Feld billiger Erfolge aufgetan wurde.“

Seuilleton.

Wiener Theater.

Von Ludwig Hirschfeld.

* Wien, Mitte Oktober.

Man hat dem Direktor Schletter die Vernachlässigung der modernen Stanbinawier so oft zum Vorwurf gemacht, bis er neuer endlich diesen Wunsch gründlich und abschreckend erfüllt hat. Zuerst kam ein Schwabe an die Reihe; leider hieß er nicht Strindberg, der noch lange nicht Burgtheaterfähig ist, sondern Döhring und seine Komödie „Hohes Spiel“ zog darüber, ohne irgend jemandem von den Beteiligten rechte Freude gemacht zu haben.

und die Sympathie für die künstlerische Darstellung der Herren Thimig und Deurient, der Damen Althod-Ketty und Weibitren, verhinderten eine schärfere Ablehnung. Es war sojournen ein Durchfall mit Democritus, denen einer der Autoren bereitwillig Folge leistete: Ob es Herr Varsen oder Herr Rostrop war, ließ sich nicht feststellen. Direktor Schletter hat offenbar geglaubt, mit diesem Ver Punkte eine besondere literarische Entdeckung zu machen.

Die Hofoper läßt sich in keine so verfehlten Experimente ein. Hier werden Kopistiken nur äußerst selten und nach langen bedächtigen Vorbereitungen heraufgebracht. Der erste Premierenabend vereinigte Des Wachs einaktige komische Oper „Verriegelt“ und die Remisgenierung des „Barbier von Bagdad“ von Peter Cornelius.

Wiederum werden in Wien sogar Stücke von Wiener Autoren aufgeführt, worüber man sich im Prinzip nicht genug freuen kann. In der Wirklichkeit wird diese Freude ohnehin durch die

zweifelhafteste Art und Weise, in der das Wienerum dramatisch bewertet wird, arg getrübt. Das gilt auch von der im Deutschen Volkstheater aufgeführten Wiener Komödie „Der große Name“. Die Autoren sind Viktor Leon, der Librettist der „Austigen Witwe“ und unzähliger sonstiger Operetten und sein Bruder Leo Feld, der vor Jahren für eine Literaturkomödie „Die Lumpen“ mit dem Baurerpreis bedacht worden ist.

Anspannung den ersten Akt zu gebieten, wäre ein schönes Ruhmesblatt der Bevölkerung Stoburgs."

Von der Sonderkandidatur des Handwerkerbundes in Halle wird gesagt: „Dass der Handwerkerbund nicht mehr als eine mühsame Demonstration zuwege brächte, versteht sich von vornherein, aber sie würde ein paar hundert Stimmen abspalten und somit ein unter den obwaltenden Verhältnissen höchst unangemessenes Experiment sein, auf dem zu bestehen dieser bürgerliche Interessentenkreis nur gewarnt werden kann."

Die Frage der liberalen Einigung hat sich in Eisenach der Abg. Baacke geäußert. Er fand es merkwürdig, daß von Seiten der linksliberalen der Liberalismus geeinigt werden sollte, daß man aber dabei die größte liberale Partei, die nationalliberale, einfach beiseite schiebe. Die Nationalliberalen selbst dächten freilich nicht an die Aufgabe ihrer Selbständigkeit, aber trotzdem meine er, diese Art der Einigung sei unrichtig.

Badische Politik.

Kommunalwahlen.

* Kirchheim, 17. Okt. Bei den Wahlen zum Bürgerausschuß siegten in der dritten Klasse die Sozialdemokraten, welche diese Klasse schon besaßen, in der zweiten Klasse der liberale Vorklag über den bündlerisch-sozialdemokratischen, so daß in dieser Klasse keine Sozialdemokraten wieder gewählt wurden.

oo. Reichenau, 17. Okt. (Korrespondenz.) Bei den Bürgerausschuwahlen in der zweiten und dritten Klasse siegte das Zentrum.

Sonstiges.

3. Baden-Baden, 17. Okt. (Korrespondenz.) Am Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant zum „Kroftobil" in Baden-Baden eine Landesversammlung des Sanjabundes statt. Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Konstituierung des badischen Landesverbandes des Sanjabundes. 2. Beratung der Satzungen. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Agitation und Organisation. Die Statuten des Landesverbandes wurden von der Handelskammer Mannheim und dem Lokalkomitee des Sanjabundes ausgearbeitet.

+ Pforzheim, 17. Okt. (Korrespondenz.) Die hiesige Ortsgruppe des Sanjabundes hat sich nunmehr konstituiert und zum Vorsitzenden Herrn Kommerzienrat Meier gewählt.

Aus der badischen Wahlbewegung 1903.

Das „Neue Mannheimer Volksblatt"

widmet uns eine ganze Spalte seines kostbaren Platzes, den es sonst so nötig zur Verleumdung der liberalen Parteien braucht. Es ist gehörig aufgebracht, daß wir ihm ein wenig auf die Hüften getreten sind, und schimpft nun über „rude Anrempelung im Stile der Volksstimme". Wir sind darüber nicht weiter erstaunt, da wir uns mit der Zeit eine ziemlich Kenntnis von dem allerdings unerhöchlichen Schimpfwörtervorrat der „gut katholischen Presse" erworben haben. Die rüde Anrempelung des „Volksblatts" hat nämlich darin bestanden, daß wir indirekt nach dem Verbleib der Gelder der Mannheimer Wälder nach Moria-Binden fragten. Das geht uns also nichts an! Eine Unterschlagung ist also keine öffentliche Angelegenheit. Nur dann, wenn sie von Seiten liberaler oder sozialdemokratischer Parteigänger begangen wird, hat die „aufkatholische" Presse das Recht, solche Vergehen auf die sittliche und kirchliche Verleumdung der Liberalen resp. Sozialdemokraten zurückzuführen. Dann ist das „N. Mannh. Volksbl." nicht zufrieden mit uns, weil wir aus dem Schreiben des Erzbischofs Dr. Albert einen Passus mitteilten, wir hätten das ganze Schreiben mitteilen sollen. Darum wird uns der Vorwurf der Feigheit gemacht. Das sagt uns ein Blatt, das geschwiegen hat, als Erzbischof Bettinger Wahlakommen mit der Sozialdemokratie traf, das geschwiegen hat, als badische Zentrumblätter ein solches Bündnis rechtfertigten, das auch dann geschwiegen hat, als wir es deshalb zur Rede stellten, das neuerdings sich wieder ausschmeißt über den kirchlichen Friedhofsskandal in Vöhringen, das sich schweigt, wenn seine Verleumdungen, z. B. über die Amdenfeindlichkeit der Nationalliberalen, an den Pranger gestellt werden. Dieses Blatt macht uns den Vorwurf der Feigheit. Aber was haben wir denn verschwiegen? Die Antwort des Erzbischofs Wert auf die Frage, ob ein katholischer Geistlicher liberaler Abgeordneter werden kann. Zur Stunde interessiert uns die Frage absolut nicht. Obwohl es von großem Interesse ist, daß von der Gegenseite es als ein Verbrechen an der katholischen Kirche bezeichnet wird, wenn ein katholischer Geistlicher sein Mandat aus den Händen der Liberalen entgegennimmt. Von großem Interesse deshalb, weil vice versa es als ein Verbrechen an der evangelischen Kirche bezeichnet werden müßte, wenn ein evangelischer Geistlicher sein Mandat aus den Händen des Zentrums entgegennimmt. Das würde Herrn Pfarrer Karl recht stark angehen. Wir würden also aus diesem Grunde das ganze Schreiben des Erzbischofs Wert mitteilen, wenn Herr Pfarrer Karl unser Blatt

nur einen großen Fehler, nämlich zu wenig Lang- und Selang-einlagen, denn dann wäre sie sicherlich eine beliebige Massenpartei geworden. ... Von dem blindlings auf Massenwirkung hinarbeitenden stumpfsinnigen Kantianer Viktor Leon war schließlich nichts anderes zu erwarten, wohl aber von Leo Zell, der noch einmal bessere dramatische Tage gesehen hat. Wie abgeschmackt sind nur diese tiefsinnigen Reden auf das eigene Metier. Es wird hier ganz ernstlich die Götter der Kantianenoperette gepredigt. Alle diese Herrschaften sind eigentlich edle Freudenbringer, die für die große Masse das Beste tun, wie Besten und Mozart für den Einzelnen. Es kommt gar nicht darauf an, ob einer erste oder zweite Klasse macht, der Geist ist alle gleich — und ähnelnde annütliche Weisheiten. Stellenweise macht das Stück den Eindruck einer Pöbel- und Verunsinngeleiheit, und der Zuschauer kommt sich sehr überflüssig vor. Die Komödie erhielt einen sehr unglücklich starken Verleibererfolg, zu dem das glänzende Spiel Zellers, und vor allem das aktuelle und pittoreske Schiffsinterieur viel beigetragen haben mögen. Es bleibt allerdings fraglich, ob dieser Erfolg in anderen Theaterbreitengraben befruchtigt werden wird, wo das Publikum noch nicht so sehr im Rausch der Operette steht. (Schluß folgt.)

lesen würde. Er liest wohl aber nur die Zentrumspreise, und darum mag er die betreffende Stelle im „N. Mannh. Volksbl." nachlesen und daraus seine Schlüsse ziehen, sofern er dazu imstande ist!

Aufruf der Zentrumsparlei.

Auch die Zentrumsparlei tritt nunmehr mit einem Wahlaufrufe an die Wählerchaft heran. In demselben wird gesagt: „Die Wahl von 1903 soll vor allem darüber entscheiden, ob die Zusammenfassung der Kammer so bleibt, daß auf der linken Seite die Mehrheit ist oder ob die Mehrheit an die rechte Seite fällt. Das Zentrum gibt sich alle Mühe, eine Verschiebung der Mehrheit nach rechts herbeizuführen und glaubt damit vor allem den Interessen der Allgemeinheit einen großen Dienst zu erweisen. Es könnte ja nur bedenklich und gefährlich werden für das Wohl des Staates und des Volkes, wenn die Mehrheit der Volkvertretung auf der Seite wäre, auf welcher die Sozialdemokratie steht." Der Aufruf schließt, daß das Zentrum keine konfessionelle, sondern eine politische Partei sei und entwickelt sodann deren Programm. Das Zentrum fordert u. a. die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte für die Gemeinden mit mehr als 200 Einwohnern, bezüglich der Städte der Städteordnung eine andere Klasseneinteilung und die Verhältnismäßigkeit ferner auf kirchenpolitischen Gebiete vollste Gerechtigkeit und wahre Toleranz für alle Konfessionen auf dem Boden des Gesetzes vom 9. Oktober 1900. Mit Bezug auf die Volksschule wird ausgesprochen: „Wir haben die Einführung der gemischten Volksschule befohlen und können sie nach jahrelangem Bestehen auch heute nicht als eine wünschenswerte Einrichtung anerkennen. Gleichwohl werden wir von uns nicht daran rütteln. Inwiefern verlangen wir aber, daß die tatsächlich bestehenden Gesehe wenigstens in einem den Interessen der religiösen Erziehung wohlwollenden Sinn angewendet werden. Wir haben das Bestreben bekämpft, die Volksschule zu einer reinen Staatsanstalt zu machen und werden auch in Zukunft daran bestehen, daß die bisherigen Beziehungen zur Gemeinde bestehen bleiben. Der Aufruf schließt schließlich die Forderungen des Zentrums auf sozialpolitischem und wirtschaftlichem Gebiet an.

Die letzten Wahlkandidaturen in Baden.

Angefaßt der unmittelbar bevorstehenden Landtagswahlen ist zur wichtigen Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage ein Rückblick auf die letzten vier Jahren vollzogenen Wahlen durchaus angebracht. Diese Wahlen waren die ersten, die unter dem Zeichen der direkten Wahlen und nach der neuen Wahlkreiseinteilung vorgenommen wurden. Der erste Wahlgang fand am 19. Oktober 1903 statt und brachte in 50 Wahlkreisen sofort die Entscheidung, während in den übrigen 23 Wahlkreisen kein Kandidat die absolute Stimmenmehrheit erreichte, und deshalb ein zweiter Wahlgang erforderlich wurde, zu dem diejenigen Kandidaten zugelassen sind, die mindestens 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten. Die liberalen Blockparteien hatten 57 nationalliberale, 12 demokratische, 3 freisinnige und 1 nationalsozialen Kandidaten aufgestellt, waren also wie die Sozialdemokratie in sämtlichen Wahlkreisen vertreten. Das Zentrum hatte in zwei Wahlkreisen (Rehl und Rosbach) auf eigene Kandidaten verzichtet und zog in zwei weiteren Wahlkreisen (Karlsruhe-Rand und Mosbach) keine Kandidaten zugunsten der Konfessionen kurz vor dem ersten Wahlgang zurück. Die Konfessionen und der Bund der Landwirte, die ebenfalls zusammengefallen, stellten in 15 Wahlkreisen gemeinsame Kandidaten auf. Im ersten Wahlgang fielen auf die Blockkandidaten 105 929 oder 35,8 Prozent der Stimmen, auf die Konfessionen 8599 oder 2,9 Prozent, auf den Bund der Landwirte 2547 oder 0,9 Prozent, auf das Zentrum 125 453 oder 42,4 Prozent und auf die Sozialdemokratie 50 431 oder 17 Prozent. Es wurden im ersten Wahlgang 14 Nationalliberale, 2 Demokraten, 28 Zentrumsleute, 1 Konfessionar und 5 Sozialdemokraten gewählt. In den zweiten Wahlgang gelangten der Block in 22, das Zentrum in 19, die Sozialdemokraten in 15, Konfessionen und Bund der Landwirte in 6 Wahlkreisen. Das Zentrum stand im Begriff, mit den Konfessionen die Mehrheit in der zweiten Kammer zu erlangen, wenn es dem Block nicht gelungen wäre, mit den Sozialdemokraten ein Abkommen zu treffen. Ausgenommen von diesem Abkommen waren aber die Bezirke, in denen sich der Block und die Sozialdemokraten gegenüberstanden. Der Erfolg dieses Abkommens war, daß kein einziger Zentrumsmann im zweiten Wahlgang durchging, sondern 9 Nationalliberale, 3 Demokraten, 1 Freisinniger oder zusammen 13 Blockkandidaten, 3 Konfessionen und 7 Sozialdemokraten gewählt wurden. Zum Schluß sei eine Tabelle über die Zusammensetzung der zweiten badischen Kammer von Jahre 1870 bis jetzt wiedergegeben:

Table with 2 columns of years (1870-1903) and rows of political parties (Nationalliberale, Zentrum, Sozialdemokraten, Demokraten, Freisinnige, Konfessionen, Antiklerikale, Bund d. Landwirte, Fraktionlos).

* Bruchsal, 18. Okt. Der Wahlkreis Bruchsal-Stadt (51) zählt bei dieser Wahl 2663 Wahlberechtigte.

Wahlversammlungen.

ri. Ludenb. 17. Okt. (Von uns Korrespondenten.) Gestern Abend fand hier gleichzeitig mit der nationalliberalen Versammlung auch die der Mittelständler statt. Die Versammlung war sehr interessanter Verlauf nahm. Vor kaum 30 Zuhörern, die nicht alle Wähler waren, sprach Herr G r n e r aus Eckenheim in einer mühsamen, viertelstündigen

Rede an, die in dem begeisterten Worte gipfelte: „So, die Religion, die Religion ist die Hauptache! Die müssen wir dem Volke erhalten." Als ob die reinste Christenverfolgung von den Liberalen und Sozialdemokraten gepredigt würde! Dann donnerte Herr Rechtsanwalt S c h m i d t aus Geiselsberg in wütenden Ausfällen auf die Nationalliberalen und die Sozialdemokratie los. Nicht rückwärts wolle er schauen, sondern vorwärts und nur berühren, was die badischen Landtagswahlen angeht. Die Großstädte seien Massenpartei, die von Proletariats- und Kommerzienratspolitik beherrscht wären. Die Großstadt Mannheim ruiniere die ganze Pfalz, sie werde von der Regierung bevorzugt, das flache Land müsse für sie zahlen. Er empfahl Kleinbahnen und eine Kreisverfassung nach preussischem Muster, er sei aber keineswegs ein Rückwärtler. In der sich entspannenden Diskussion wies Herr Dr. Veinert aus Mannheim als nationalliberaler Redner die Vorwürfe des Herrn Schmidt gegen den Nationalliberalismus energisch zurück und warf dem Herrn Rechtsanwalt so sehr gesühntes Bild nach rückwärts, nämlich auf die Reichsfinanzreform, die eben gerade dem Mittelstand ein Schlag ins Gesicht sei. In der Entgegnung verfuhrte Herr Schmidt, der Veranlassung die Reichsfinanzreform als die beste, idealste darzustellen, indem er sich die kuriossten Tatsachenpielerkunststücke erlaubte. So stellte er z. B., um die von den Nationalliberalen gewünschte böse Erbschaftsteuer zu widerlegen, der erwerbstätigen, sparsamen Handwerkerfrau die „höhere" Beamtin gegenüber, die in Hüfte und Hülle lebe, keine Erbschaftsmasse mache, in Samt und Seide spazieren gehe und 4000 M. (1) Pension nach dem Ableben ihres Mannes beziehen dürfe. Dann folgte eine regelrechte Beamtenebe. Das wurde dem doch einem anwesenden Beamten, einem Zentrumsmann, der bisher mit Schmidts Programm sympathisierte, zu bunt und er griff die beamtensfeindlichen Ausführungen heftig an. Nun wars bald mit dem „fallenden Erfolg" der Wähler vorbei. Immer geringer wurde die Zahl der Beifallsperenden. Die in die Debatte eingreifenden Mittelständler und Wähler leisteten das Unglaubliche, wie auch Herr Schmidt, in Willensfeindlichkeit, Gerabietung der Universitätsprofessoren, Verformung der Beamtentätigkeit und der Geschäftswelt. Zum Schluß stellte Herr Dr. Veinert fest, daß der Abend ergeben habe, daß die sogenannte Mittelstandspolitik des Herrn Rechtsanwalts industriell, verkehrs- und bildungsfeindlich, also rückwärtlich und konservativ-bündlerisch sei, der kein liberaler Mann heifischen könne. Mit einer von den Anwesenden tiefempfundnen und von vielen begeistert aufgenommenen Aufforderung, die heinliche Verdränger- und Ständebehauptungspolitik über Bord zu werfen und die großen nationalen Ziele der Gesamtheit in den Vordergrund zu rücken, schloß er. Der schon so zuversichtliche Sieg des Herrn Schmidt verwandelte sich in eine schwere moralische Niederlage. Nicht einmal offenberätige Zentrumskräfte werden eine solche Politik mitmachen und die Wählerchaft Ludenb. wird dem konservativ-bündlerischen Mummenschanz im „Schlachten" (1) Mittelstandsgewande am 21. Oktober einen Denkzettel geben.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 18. Oktober 1903.

* Zum Generalappell fordern die vereinigten liberalen Parteien auf. Der Rühlungsabend soll morgen Abend noch einmal gefüllt werden. Ein bekannter Parlamentarier, Herr Reichstagsabgeordneter Dr. K o p f aus Berlin, ist als Redner gewonnen. Agrarier jeder Parteilinie sehen heute eifrig für die morgige letzte große Zusammenkunft vor den Wahlen. Wie kann an Wohl seiner Seele morgen!

* Elektrische Bahn Schwellingen-Neck. Die „Schwellingen-Zeitung" erzählt, daß die Großh. Regierung mit dem von der Rheinischen Schuler-Gesellschaft aufgestellten und ihr vorgelegten Entwurf unter Vorbehalt einverstanden ist. Die prinzipielle Frage der Genehmigung scheint damit allerdings erledigt. Die Vorbehalte umfassen u. a. Verletzung der Leimbachbrücke, Gleisveränderungen und dadurch bedingte Veränderungen der Pläne. Bei Wiedereröffnung der letzteren zur endgültigen Genehmigung wird vorausgesetzt, daß insoweit über die Lage des Betriebsbahnhofes und der Zufahrt ein Entschluß gefaßt worden ist. Die Offenlegung der Pläne wird jedoch vom Großh. Ministerium veranlaßt werden. Die Großh. Regierung macht ferner darauf aufmerksam, daß die Straßenbahn die projektierte Staatsbahnlinie Brühl-Neck durchschneidet. Sollten nun in späteren Jahren infolge Verkehrssteigerung besondere Sicherungen der Kreuzung erforderlich sein, so hätte die Stadtgemeinde Schwellingen für derartige Kosten aufzukommen. Diese Verpflichtung soll in dem Vertrag zwischen der Stadt Schwellingen und der Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen Erwähnung finden. Der am 11. Oktober angefertigte, von Minister Marschall unterzeichnete Erlaß schließt: Der Entwurf der Genehmigungsurkunde wird binnen kurzem dorthin zur Ausfertigung mitgeteilt werden. Die Installation der Licht- und Kraftanlagen in Schwellingen ist nun der Genehmigung seitens des Gemeinderats vorbehalten. Voraussetzungsweise wird der Beginn der Installationsarbeiten auch schon in der nächsten Sitzung genehmigt werden unter dem Vorbehalt der definitiven Genehmigung der Bahnkonfession, widrigenfalls die etwa angebrachten Leitungsanlagen wieder zu entfernen wären. Der Strom wird bis zur Fertigstellung des Elektricitätswerkes, welches bereits im Projekt angezeichnet ist und nach Erteilung der erforderlichen Genehmigung sofort gebaut werden wird, von dem der Rheinischen Schuler-Gesellschaft gehörigen Elektricitätswerk Ludenb. bezogen. Von Seiten des Bauamtes der Rheinischen Schuler-Gesellschaft wird versichert, daß nach Offenlegung der Pläne die Arbeitsverhältnisse soweit vorgeschritten sein werden, daß die Licht- und Kraftlieferung in ca. 2 1/2 Monaten und die Inbetriebnahme der Bahn in ca. 4 Monaten, je nach Lage der Witterung, erfolgen könne. Bezüglich des Elektricitätswerkes ist zu bemerken, daß dasselbe vertragsgemäß noch einem Jahre, wonach die Genehmigung der Bahnkonfession abgerechnet, erstellt werden muß.

* Submissionsliste. Bei der Submission für die Erweiterung des Karlsruher südlichen Rheinbahn durch Ausbau des Stadtbedens (s. s. Petrovskibasen) wurde als Höchstgebot abgegeben von E. Hohrath-Min. M. 737 304.90, als Niederstgebot von Burkhard u. Walter-Min. M. 404 586.00. Zwischen ein Preisunterschied von ca. 300 000 M.

* Im Apollotheater berichtet Leonhardy H a s t e l immer noch die Urgenai die wie keine andere dazu berufen ist,

Volkswirtschaft.

Börsen-Wochenbericht.

W. London, 14. Okt.

Infolge der Versteifung des internationalen Geldmarktes, die in der sukzessiven Erhöhung der Bankhöhe ihren Ausdruck gefunden hat, zeigten die Effektenmärkte ein wenig günstiges Bild. Da die Forderung im wesentlichen auf allgütige Geldbedürfnisse seitens der Spekulation zurückzuführen ist, so zeigte sich natürlich ein durchgreifendes Verkaufsbedürfnis auf denjenigen Gebieten, auf welchen die größten Kaufengagements vorhanden waren. Auch machten sich in der hiesigen Metallverarbeitung auf einigen Gebieten Reporiturverleihen bemerkbar, jedoch schwache Hände zur Sicherung ihrer Positionen gezwungen worden sind. Es steht zu befürchten, daß man während der nächsten Zeit noch des öfteren mit einer vorzeitigen Einschränkung der Reporiturfacilitäten zu rechnen haben wird, bis die Verhältnisse sich normal gestaltet haben werden. Bisher wird nicht wenig davon abhängen, in welchem Tempo der Silberungsprozess sich vollzieht. Nicht wenig zur Unsicherheit der Märkte dürfte der Umstand beitragen, daß während der nächsten Monate auf vielen Märkten große Kramen-Engagements fällig werden, die teilweise liquidiert werden müssen. Zu der unangünstigen Verfassung des Geldmarktes trat, was heimische Fonds anbelangt, noch die ungewisse innerpolitische Lage, unter der natürlich neue Käuferfischen für die hiesigen englischen Fonds und Wertpapiere sich nicht hervorzudrängen haben.

Die internationale Staatsfonds zeigte sich kontinentales Angebot auf neueres Geld hin. Peruanische Werte, die auf bisher noch nicht befähigte Anleiherträge vorübergehend eine stärkere Steigerung erfahren hatten, mußten gleichfalls wieder nachgeben. Größere Glanzstellungen wurden in Wallstreet vorgenommen, aber dieselben haben sich bis jetzt ohne allzu starke Rückstöße vollzogen, da der Markt seitens der Finanzgruppen wie gelegentlich seitens der Kontinente Schritte gefunden hat. Da die New Yorker Geldbedürfnisse nicht wenig mit der Versteifung der europäischen Geldmärkte zu tun haben, so wird man in Wallstreet wohl fernerhin die Entwicklung des hiesigen Geldmarktes genau verfolgen. Inzwischen aber scheint das professionelle Element in New York sich weniger stark für die Kaufe in die Breite zu werfen. Mit Ausnahme von Missouri, Kansas und Texas Shares, die auf Verträge von Amalgamationen und Kontrollkäufen einen Rekordkurs (47) erreichten konnten, war die Kursbewegung gänzlich zu Ungunsten der Staatsfonds. Der Umstand, daß die Emission der jungen Kanada-Anleihen nicht zu pass, sondern zu 125 Proz. erfolgt ist, dürfte zu einigen Glanzstellungen seitens hierdurch interessierter Käufer. Der den Aktionären zuzulassende Bonus ist noch ein sehr beträchtlicher. Die Emission zu dem höheren Preis ist für die Aktionäre der Gesellschaft ohne Zweifel ein Fortschritt. Wie die Einkünfte der Präsidents bei der Generalversammlung zeigten, sind die Verhältnisse in Kanada außerst günstig und zwar auch die neuesten Berichte bezüglich der Uebernahme eines großen Terrainskomplexes seitens eines amerikanischen Syndikates bis jetzt noch keine Befriedigung gefunden haben, so muß doch die Mitteilung, daß die Kompagnie bereits 14 Millionen Dollars für Terrainskäufe in bar erhalten hat und noch weitere 18 Millionen in Abzählungen ausstehen, als sehr ermutigend angesehen werden. Derzeitige Verkäufe deuten auf eine weitere schnell aufsteigende Beschäftigung hin. Grand Trunk sind schon früher auf langsame Bewältigung der Regierung, bei den von ihr fertiggestellten Linien der Grand Trunk Pacific Bahn, wodurch die Jahresleistung der seitens der Grand Trunk Pacific bereits gebauten Linien verzögert wird. Auf dem Argentinischen Bahnenmarkt herrscht recht feste Haltung. Wie verkannt, soll die Entree der Bahn mit dem Plan besessen, einen Hafen am Parana-Mündung zu bauen, um sich auf diese Weise am Frachtenverkehr zu beteiligen. Dieser Entschluß soll angeblich deshalb erfolgt sein, weil das Fusionsprojekt mit der Argentine North Eastern Company nicht zustande gekommen ist. Bisherig wird der Entschluß nur als eine Drohung gegen die letztere angesehen, um schließlich doch noch günstigere Bedingungen durchzusetzen. Jedenfalls sind Argentinische North Eastern-Werte weiter sehr fest.

Für Kupferwerte herrscht schwächere Tendenz im Einklang mit dem Metallmarkt, auf welchen die unangünstige amerikanische Kupferstatistik drückt.

Die Arbeiterfragen für September zeigen eine weitere Verengung der Arbeitslosen am Mittelmeerstrand und wurden daher vom Markt ungünstig aufgenommen, wenn auch die Ausbeute für den verflochtenen Monat eine entscheidende Besserung gegen August bedeutete. Während der letzten Tage sind jedoch günstigere Nachrichten aus Südamerika bezüglich der Arbeiterfrage eingetroffen, deren Befriedigung indes noch abzuwarten ist. Für den Argentinischen Markt zeigt das Publikum kein Interesse für Staatsfonds, es beschränkt sich, soweit der Goldmineralmarkt in Betracht kommt, ganz auf lokale Werte. Infolgedessen sind die Kaufengagements gerade auf dem letzteren Gebiet so umfangreich geworden, daß die Schließung derselben sich teilweise als äußerst schwierig erweisen hat. Es erfolgte deshalb während der letzten Tage ein Rückgang in den letzten besonders begünstigten Werken wie Giant, Tangamaya und selbst in Chartered, die vorübergehend den Kurs von 2 1/20 Geld erreicht hatten. Bezüglich des Diamantenmarktes lauten die Berichte wieder sehr günstig, man merkt sogar aus Südamerika, daß die Wiedereröffnung des vollen Verkehrs seitens der De Beers Company geplant sei. Die höchsten Kurse kamen sich jedoch auf diesem Markt nicht behaupten, da der Kontinent zu Gewinnabgaben schritt. Premier Shares, die auf Verträge, daß eine Einfuhrung in Paris beschlossene sei, angezogen hatten, sind infolgedessen auf Gewinnabgaben zurückgegangen. Bisher scheint das obige Gerücht, wie berichtet wird, mindestens verfrüht zu sein. Während für Spanish Shares die Reporiturverleihen infolge der Zurückkehr seitens der französischen Käufer sehr minimal geworden sind, war die Reporitur der Kaufengagements in Latin Shares eine schwierige, jedoch bis zu 10 Prozent Reporitur bezahlt wurden. Selbst zu diesem Satz war die Verpachtung nur teilweise möglich. Infolgedessen wichen denn auch Latin Shares während der letzten Tage stark zurück, konnten sich aber vom Tiefpunkt teilweise wieder erholen. Spanish Shares, die 4 1/2 - betruhen hatten, bewegten sich schließlich im Einklang mit Latin. Unter den hochverzinslichen Werken des fremden Effektenmarktes finden augenblicklich die 5 Proz. Debetures der Carriaga (Columbia) Bahn gute Beachtung. Die Debetures 7 1/2 Prozent, waren daher 6 1/2 Prozent Rendite ab. Doch natürlich eine bevorzogene Verzinsung ein gewisses Risiko in sich schließt, ist nicht zu leugnen, aber die Verhältnisse in Kolumbien werden hier, wie die Aufmerksamkeit, die man den kolumbianischen Kaufengagements entgegenbringt, beweist, vertrauensvoll beurteilt, besonders da die politischen Verhältnisse des Landes jetzt wieder klarer zu Tage treten.

Vom Kolonialmarkt.

In der Aufsichtsratsitzung des Kolonialbankhandels wurde zunächst um die Erklärung der Werke Neu-Schaffart, Westeregeln und Salzbehrich, daß sie auch ihrerseits auf die Befreiung des schwebendstehenden Pfandrecht verzichteten. Nach langen Verhandlungen erklärte sich Salzbehrich bereit, während Westeregeln und Neu-Schaffart noch Bedenken hatten. Es wurde infolgedessen beschlossen, am Samstag nächster Woche eine Gesellschafterversammlung einzuberufen, in der die beiden Werke ihre endgültige Erklärung abgeben sollen. Sodann wurde über die in Amerika zu treffenden Maßnahmen verhandelt und beschlossen, die Vorstandsmitglieder Forthmann u. Schädle-

kopf sofort nach den Vereinigten Staaten mit unbeschränkter Vollmacht zum Handeln zu ernennen. Die beiden Herren verlassen nächsten Donnerstag Europa.

Am Geldmarkt waren die Sätze heute unverändert 3 1/2 pCt., tägliches Geld ca. 4 pCt.

n. Mannheimer Produktentörse. Trotz der am Samstag von den amerikanischen Börsen gestellten schwächeren Kurse bleibt die Tendenz am hiesigen Getreidemarkt weiter ziemlich fest, da einerseits die russischen Effekten unverändert lauten und andererseits die Nachfrage für nahe oder greifbare Weizen anhält. Unsere Mühlen sind infolge des bevorstehenden Wechsellages, namentlich für nahe Weizen, weiter Käufer. Auf spätere Wechsellage dagegen zeigen sowohl die Mühlen als auch die Spekulation etwas Zurückhaltung, da man in Anbetracht des bereits wieder hohen Kursniveaus die weitere Entwicklung des Marktes abwarten will. Für Roggen ist die Marktlage unverändert. Dasselbe ist vom Braugerstenmarkt zu sagen. Guter Roggen weiter fest und besonders zeigt der Konsum Interesse für gute Qualitäten. Futtergerste und Mais liegen ruhig. Die Notierungen im hiesigen offiziellen Kursblatt wurden für Roggen um 25 Pf. per 100 Kg. ermäßigt. Braugerste erfuhr eine Besserung um 25 Pf. per 100 Kg. franco Mannheim. Ferner wurde die Notiz für bodischen Hafer um 25 Pf. per 100 Kg. erhöht. Auch die Weizenpreise wurden um 25 Pf. per 100 Kg. franco Haus hinausgehoben.

Anleihe der Stadt Mülhausen i. El. Der Gemeinderat der Stadt Mülhausen i. El. beschloß, 1,0 Millionen Mark zu 3 1/2 Prozent bis zum 30. Dezember d. J. bei der Seehandlung aufzunehmen. Weiter beschloß der Gemeinderat die Aufnahme einer Anleihe von 2 Mill. Mark, die nicht über 4 Prozent verzinst und mit 1/2 Prozent getilgt werden soll. Die Finanzkommission hat aber schon vor einiger Zeit 800 000 Mark zu 1/2 Prozent über Bankdiskont bei der Banque de Mulhouse aufgenommen.

Die Zuckerfabrik Krausstadt schlägt bei etwa gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre (M. 100 000) 16 Prozent Dividende vor gegen 12 1/2 Prozent i. V.

Münchener Terrain-Gesellschaft Ostend in Liq. München. Die Gesellschaft, die von ihrem Grundkapital von M. 800 000 demnach 15 Prozent als erste Liquidationsquote zurückzahlt, hat in den ersten 8 Monaten seit Beginn der Liquidation eine größere Parzelle verkauft. Im ganzen ergibt sich für die Berichtsperiode ein Verlust von M. 1980 (M. 5008), der aus der Reserve gedeckt wird. Im laufenden Jahre sei ein Stillenbauplan in Saar verfaßt worden. Bisher macht sich ein Aufschwung im Grundstücksmarkt im Osten Münchens bemerkbar.

Maschinenfabrik Rheinland, A.-G., Düsseldorf. Auf der Tagesordnung der außerordentlichen Hauptversammlung der Maschinenfabrik Rheinland, A.-G. in Düsseldorf, stehen folgende Anträge: Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft von 1 000 000 auf 600 000 Mark durch Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 6 zu 8. Schaffung von Vorzugsaktien für diejenigen Aktionäre, die eine Anzahlung von 40 Prozent leisten sowie Genehmigung des Verkaufs eines Grundstücks der Gesellschaft.

Möller Dynamitfabrik Köln. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 18 Prozent (wie i. V.) fest. Dieses Ergebnis ist zum geringsten Teil durch das Dynamitgeschäft herbeigeführt, vielmehr hauptsächlich die Folge der Ertragssteigerung von Wertpapieren und Rücklagen, die die Gesellschaft in guten Jahren anzuhäufeln vermochte. Das Dynamitgeschäft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre durch das Sinken der Verkaufspreise kaum Rechnung gelassen. Die Aussichten für die Zukunft sind nicht günstig, da neben dem durch einen scharfen Wettbewerb hervorgerufenen Preisrückgang der Preis eines Hauptrohstoffes, Glycerin, eine ganze erhebliche Steigerung erfahren hat.

Die Birkenfelder Ton- und Ziegelwerke, A.-G. beruft nach Saarbrücken eine Generalversammlung zwecks Bericht über die Finanzverhältnisse. Ende 1908 betrug die Unterbilanz M. 52 871 bei M. 176 000 Aktienkapital und fast ebensoviele Hypotheken und Kreditoren.

Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei, A.-G. Der Aufsichtsrat schlägt nach M. 144 708 (i. V. M. 137 157) Abschreibungen 8 Prozent Dividende gegen 10 Prozent im Vorjahre vor. M. 57 819 werden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Betriebsergebnis beträgt M. 215 233 (i. V. M. 140 578).

Deutsche Einfuhr im Spezialhandel. In den abgelaufenen neun Monaten d. J. betrug der Wert der deutschen Einfuhr im Spezialhandel ohne Edelmetalle M. 8040,2 Mill. gegen M. 6820,2 Mill. i. V.; der Wert der Ausfuhr M. 4795,5 Mill. gegen M. 4732 Mill. Der Edelmetallverkehr hatte in der Einfuhr einen Wert von M. 219,6 Mill. gegen M. 903,6 Mill. i. V.; in der Ausfuhr erreichte er M. 222 Mill. gegen M. 55 Mill. im Vorjahre.

Telegraphische Handelsberichte.

Deutscher Reichsbank-Ausweis vom 15. Okt. 1909.

Table with columns: Aktiva, Passiva, and various financial figures in million marks.

Die deutsche Reichsbank befindet sich mit M. 220 755 000 in der Notensteuer gegen eine Notensteuer von M. 392 832 000 am 7. Oktbr. und gegen eine Notensteuer von M. 8 684 000 am 15. Oktbr. 1909.

Wöchentliche Erhöhung der englischen Bankrate? Berlin, 18. Okt. Hier wird die Möglichkeit, daß die Bank von England am Donnerstag neuerdings den Diskont erhöhe, eifrig erörtert. Angesichts der zu erwartenden Goldanprüche seitens Mexikos und Amerika hält man es „Best. Sig.“ die Dinan-

Wahrscheinlich, daß die Bank von England am Donnerstag neuerdings den Diskont erhöhe, eifrig erörtert. Angesichts der zu erwartenden Goldanprüche seitens Mexikos und Amerika hält man es „Best. Sig.“ die Dinan-

Wahrscheinlich, daß die Bank von England am Donnerstag neuerdings den Diskont erhöhe, eifrig erörtert. Angesichts der zu erwartenden Goldanprüche seitens Mexikos und Amerika hält man es „Best. Sig.“ die Dinan-

Wahrscheinlich, daß die Bank von England am Donnerstag neuerdings den Diskont erhöhe, eifrig erörtert. Angesichts der zu erwartenden Goldanprüche seitens Mexikos und Amerika hält man es „Best. Sig.“ die Dinan-

Neues vom Dividendenmarkt.

* Augsburg, 18. Okt. Die Augsburger Bunimederei vorm. W. H. Ridinger Augsburg verteilt 11 „Best. Sig.“ eine Dividende von 8 pCt.

* Nürnberg, 18. Okt. Die Generalversammlung der Vereinigten Pilsenerbierbrauereien A.-G. setzte die Dividende auf 15 pCt. fest. Nach Mitteilung der Verwaltung sind 11 „Best. Sig.“ im neuen Berichtsjahr merkliche Anläufe zu einer Besserung der Abgabeverhältnisse vorhanden. Die Direktion glaubte darum ein angemessenes Gewinnverträgnis erwarten zu dürfen.

w. Wien, 18. Okt. Die Bruttoeinnahmen der Orientbahn betragen in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 10. Okt. 332 116 Kr. (weniger 58 698 Kr.); seit dem 1. Januar 10 105 435 Kr. (mehr 1 081 240 Kr.).

* London, 18. Okt. Laut Meldung aus New York leiden französische Banken in New York große Summen zu 5 Proz. aus.

w. Warschau, 18. Okt. Der provisorische Ausweis der Bruttoeinnahmen der Warschau-Wiener Eisenbahn für August 1909 ergibt eine Gesamteinnahme von 2 224 528 Rubel gegen 2 234 164 im Vorjahre; seit dem 1. Januar eine Gesamteinnahme von 16 042 248 Rubel gegen 15 937 323 Rubel in der gleichen Zeit des Vorjahres.

* Berlin, 18. Okt. New Yorker Gerüchte wollen wissen, daß Morgan die Bildung eines Kupfertrusts verliert. Die New Yorker Reife des Direktors Hochschild von der Frankfurter Metallgesellschaft wird mit dem Plan in Verbindung gebracht.

Mannheimer Effektenbörse.

vom 18. Oktober. (Offizieller Bericht.)

In der heutigen Börse erfolgten Abschlüsse in Rheinische Kreditbankaktien zu 138.40 Proz. und in Wälz-, Preß- und Spritzfabrik-Aktien zu 160 Proz. Ferner waren höher: Mannheimer Versicherungsaktien Kurs: 500 G., Sächsischer Draht-Industrie-Aktien 184 G. und Verein Deutscher Delfabriken 143.75 G., Frankona stellten sich: 980 G., 990 G.

Table with columns: Aktien, Eisen, Industrie, Brauereien, and various stock prices.

Kursblatt der Mannheimer Produktentörse.

vom 18. Oktober.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Kg bahntreier Met.

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, and various grain prices.

Berliner Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers. Berlin, 18. Okt. (Börsenbörse.) Schon am Samstag hatte die Anzeiger eine weitere Berichterstattung des Geldmarktes Realisationen veranlaßt und inwieweit das der angünstige Verlauf der

vorgelagerten Kassenbücher, namentlich Newports, sowie der Londoner Kassenbücher am Sonntag u. angeblich die sich daran schließenden...

Die Tendenz charakterisierte sich aber durchweg als inkonsistent und die Kurse bröckelten von ihr etwas ab. Erheblicher gab es am Sonntag...

Das Geschäft wurde in der zweiten Börsensitzung im allgemeinen lebhafter. Schiffsfahrtsaktien verloren 1/2 pCt. Zölle, Geld...

Table with 2 columns: Item names (e.g., Kreditaktien, Disconto-Komm.) and prices.

Berlin, 18. Okt. (Kontingenz-Verkauf)

Table with 2 columns: Item names (e.g., Wechsel London, Wechsel Paris) and prices.

W. Berlin, 18. Okt. (Telegr.)

Table with 2 columns: Item names (e.g., Kredit-Aktien, Disconto-Komm.) and prices.

Londoner Effektenbörse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., 1/2% Bond, 1% Bond) and prices.

Wiener Börse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Kreditaktien, Wiener Banknoten) and prices.

Berliner Produktenbörse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Weizen per Dtl., Roggen per Dtl.) and prices.

Budapester Produktenbörse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Weizen per Dtl., Roggen per Dtl.) and prices.

Liverpooler Börse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Weizen per Dtl., Mais per Dtl.) and prices.

Pariser Börse.

Table with 2 columns: Item names (e.g., 3% Rente, 4% Rente) and prices.

Frankfurter Effektenbörse.

(Privattelegramm des Gen.-Anzeigers) Frankfurt a. M., 18. Okt. (Börsenbörse) Die neue Woche brachte zunächst nur geringe Bewegung und ließ bei Eröffnung...

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Reichsbank-Discont 5 Prozent, Wechsel) and prices.

Einheitspapiere, A. Deutsche.

Table with 2 columns: Item names (e.g., 1% Reichsbank, 2% Reichsbank) and prices.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Fabrik, Maschinenfabrik) and prices.

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Schiffahrt, Eisenbahn) and prices.

Handbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with 2 columns: Item names (e.g., 4% Reichsbank, 5% Reichsbank) and prices.

Bergwerksaktien.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Bochumer Bergbau, Bergbau) and prices.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table with 2 columns: Item names (e.g., Deutsche Bank, Versicherungs-Aktien) and prices.

Frankfurt a. M., 18. Okt. (Börsenbörse) Die neue Woche brachte zunächst nur geringe Bewegung und ließ bei Eröffnung...

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold, Fernsprecher Nr. 56 und 1637, 18. Oktober 1909. Provisionsfrei!

Table with 3 columns: Item names (e.g., A.G. für Maschinenbau, Maschinenbau), % and prices.

Verantwortlich: Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum; für Kunst und Belletristik: Georg Christmann; für Lokales, Provinzielles u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder...

LECIFERRIN

Wird eine wichtige Rolle beim Aufbau und bei Erhaltung des Körpers. Ausgiebige Versuche bestätigen, daß Leciferrin den Verbrauch...

Bleiche Damen

und Herren sollen Schellenberg's Reston gebrauchen. Gibt sofort result, vollständig natürliches Aussehen. Gibt von Kennern nicht zu wech. Halbe 1.25 auswärts 50 Pf. Po. u. Unschädlich...

Nach D. R. Pat.

Nr. 39447 auf moderne und vollkommenste Art hergestellt, lohnt es sich für jede Hausfrau, einen Versuch mit Grotz's Seife (Schuhmarke Spiegel) zu machen.

Advertisement for 'NEUHEITEN UND RESTE' featuring 'MILWAUKEE' brand linoleum and linocrusta. Includes 'VORTEILHAFT AUSWAHL FÜR JEDEN BEDARF' and 'VON DERBLIN'.

